

# FDP-Kreistagsfraktion- Ostholstein

## Pressemitteilung

Oldenburg, 09. Januar 2010

„Je näher der Zeitpunkt kommt und je konkreter die Maßnahmen für den Bau der festen Fehmarnbelt-Querung werden, desto absurder werden die Kommentare und Argumente der erklärten Querungsgegner“, sagte der Vorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion Manfred Breiter. Das letzte Beispiel sei ein Kommentar zu der von Wirtschaftsminister Jost de Jager bekannt gegebenen Suche nach einer Produktionsstätte bzw. einem Baustellenhafen für den Brückenbau.

Breiter sagte, dass es auf der Insel Fehmarn kein politisches Interesse an einer solchen Produktionsstätte mit erheblicher Bedeutung für die heimische Wirtschaft und die Arbeitsplätze gebe, sei schon verwunderlich. Wenn nun aber bereits unterstellt werde, auch die Menschen an einem möglichen Standort Lübeck würden nicht unbedingt Lärm, Schmutz und Schwerlastverkehr in ihre Region bekommen wollen, dann könne er nur noch ungläubig staunen.

Seit Jahren gebe es kein wichtigeres Thema in unserem Lande und insbesondere in Ostholstein, als da Thema Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen, sagte Breiter. Nicht Jedem sei offensichtlich bisher klar geworden, dass man sich Arbeitsplätze nicht einfach wünschen könne wie man sie haben wolle. Und offensichtlich wurde vergessen, dass es in Lübeck vor Jahren noch bedeutende Werften gab, deren Schließung heftig bedauert wurde. Auch dort gab es Lärm und Schmutz, ohne dass es gleich zur Gründung von Bürgerinitiativen kam, so der FDP-Fraktionsvorsitzende.

Angenehm überrascht zeigte sich Breiter von den jüngsten Äußerungen der SPD-Landtagsabgeordneten Regina Poersch, die sich durch ihre positive Einstellung zum Brückenbau deutlich von ihren ostholsteinischen Parteifreunden absetze. Auch sie sehe positive Beschäftigungseffekte bereits während der Bauphase, sagte Breiter.

Der Vorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion wundert sich, dass Brückengegner immer noch glaubten, man könne die Bundesregierung dazu bringen, das Vorhaben rückgängig zu machen. Offensichtlich seien einigen die Auswirkungen einer solchen Maßnahme nicht klar. „Welcher Staat sollte Deutschland noch als verlässlichen Partner anerkennen, wenn es einen geschlossenen Staatsvertrag nicht einhalte?“ sagte Breiter abschließend.